



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/281 - 3.12.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039890

<u>Ende des sozialen Wohnungsbaues</u>	S. 1
England hofft auf Bermuda	S. 3
Arnolds soziales Gewissen	S. 4

Wohnungsprogramm des Freibautertums

(sp) Der neue Bundeswohnungsbauminister Dr. Preusker, der sein Amt mit dem Versprechen antrat, dahin zu wirken, daß ein Wohnungsbauministerium nach Beendigung der gegenwärtigen Legislaturperiode des Parlaments überflüssig wird, hat nun vor der Presse in Bonn dargelegt, wie er sich das denkt. Was uns da offenbart wurde, bedeutet nichts anderes, als daß die bisher in der Erhardschen "sozialen" Marktwirtschaft geltenden Prinzipien des Freibautertums nunmehr auch im Wohnungswesen Anwendung finden sollen. In der Manier des Hauswirtes aus der Zeit vor dem ersten Weltkrieg ließ Preusker sich vernehmen, daß "das Volk wieder daran gewöhnt werden müsse, für das Gut Wohnung auch einen angemessenen Preis zu bezahlen". Die Hochzeit des deutschen Hausbesitzes von vor 1914 galt ihm auch als Richtschnur für die Berechnung der dem Volk zgedachten neuen Belastung.

Ausgehend von der Tatsache, daß in jener Zeit die Wohnungsmiete 20 v.H. eines mittleren Familienhaushaltes ausmachte, gab der Wohnungsbauminister mit zynischer Offenheit bekannt, daß es sein Bestreben sein werde, den jetzt 9,6 bis 9,8 v.H. des Haushalts einer Familie betragenden Anteil für Wohnungsmiete auf 15 Prozent hinaufzubringen. Ob zur Erreichung dieses Zieles die für den 1.4. bzw. 1.7.1954 angekündigte "globale Erhöhung der Altbau-mieten" um zehn Prozent genügen wird? Bezeichnend für die Maßlosigkeit in der Freigabe der Preisflut auf dem Wohnungsmarkt ist,

daß als Altbauwohnungen alle bis 1948 - und nicht wie bisher bis 1926- erstellten Wohnungen betrachtet werden sollen. Preisdifferenzierungen, die sich doch in erheblichem Umfange bei Wohnungen aus den Zeitabschnitten vor 1914, zwischen den beiden Weltkriegen und zwischen 1945 und 1948 ergeben, bleiben bei diesen Plänen unberücksichtigt.

Wiederherstellung der Wirtschaftlichkeit des Wohnungsbauwesens nennt Freusker seinen Plan. In Wirklichkeit ist die Ausschaltung des sozialen Moments und die Restauration freikapitalistischer Grundsätze das Ziel. Einstellung der öffentlichen Finanzierung und Überlieferung des Wohnungsbaues an den freien Kapitalmarkt sowie Einengung des Gemeinnützigkeitsrechts im Wohnungsbau sollen dazu führen.

Doch nicht nur an die materielle, auch an die geistige Restauration hat der Herr Wohnungsbauminister gedacht: Das Wohnungsbausparen soll aktiviert werden und möglichst schon beim 14. Lebensjahr beginnen, denn "nur wer weiß, was es bedeutet, zu sparen, wird auch den Wert des Eigentums zu würdigen wissen". Wie bewundernd wird doch ein in diesem Geiste erzogener Sparer zu jenen emporblicken müssen, die einen größeren Besitz ihr eigen nennen. Denn man wird sich hüten, diesem "wohlerzogenen" Sparer zu offenbaren, wie hier durch Währungsgewinn, Steuerabschreibung usw. mühelos Besitz in riesigem Umfang zusammengerafft wurde.

Der grundlegende Wandel in der Preispolitik auf dem Wohnungsmarkt tritt insbesondere durch die hinter dem beabsichtigten Gemeinnützigkeitsgesetz und der Ausschaltung der steuerbegünstigten Sozialpfandbriefe sich verborgenden Absichten zutage. Der gemeinnützige Wohnungsbau wirkte bisher gewissermaßen preisregulierend auf die Neubaumieten, er hat mit dazu beigetragen, daß die schlimmsten Auswüchse von Mietwucherer abgefangen werden konnten. Die Sozialpfandbriefe wirkten ähnlich auf den Kapitalmarkt ein. Diese beiden sozialen Sicherheitsventile sollen nunmehr beseitigt werden, um dem Freibeutertum auf dem Wohnungsmarkt freien Lauf zu geben.

Mit dem neuen Programm des Bundeswohnungsbauministers wird der 1949 mit maßgeblicher Beteiligung der sozialdemokratischen Fraktion im Bundestag zustandegekommene soziale Wohnungsbau zu Grabe getragen. Aber gerade aus den Erfolgen des sozialen Wohnungsbaues haben die Bonner Koalitionsparteien bei der Wahlpropaganda ihr größtes moralisches Kapital geschlagen. Was jetzt beabsichtigt wird, ist offener Verrat an den vor der Wahl verfochtenen Grundsätzen. Die Sozialdemokratische Partei wird sich im bevorstehenden Kampf gegen diese Pläne der Bundesregierung zur Sachwalterin auch dieser verratenen Wähler der Regierungsparteien machen.

Churchills Politik für Bermuda

FS - London, Anfang Dezember

Einen Tag nach seinem 79. Geburtstag flog Sir Winston in Begleitung von Eden, nicht ohne noch in letzter Minute einer Abstimmung im Unterhaus beizuwohnen, nach Bermuda. Diese Konferenz ist von englischer Seite mit der Absicht einberufen worden, eine Einigung oder einen Kompromiß für alle diejenigen Fragen herbeizuführen, die auf der bisherigen diplomatischen Ebene nicht lösbar waren.

Es scheint, daß der Regierungschef und Eden eine sehr klare Vorstellung von den Entscheidungen haben, die auch durch das am Wochenende veröffentlichte russische Angebot nicht beeinträchtigt werden. So ist es erklärlich, daß zunächst nur ein politischer Ratgeber, Sir Pierson Dixon, als Teilnehmer der Delegation genannt wurde, der als einer der stellvertretenden Unterstaatssekretäre im Foreign Office westeuropäische Fragen bearbeitet und als Wirtschaftssachverständiger gilt. Der Verzicht des Außenamtes, einen Fern-Ost-Experten nach Bermuda mitzunehmen, deutet darauf hin, daß Washington die größere Erfahrung auf diesem Gebiet zugestanden wird, während jedoch die Teilnahme von Lord Cherwell zweifellos auf die Differenzen hinweist, die zwischen England und den USA auf dem Gebiet der Atomforschung bestehen.

Selbst unter Berücksichtigung des Wunsches von Sir Winston, die Teilnehmerzahl der Konferenz so beschränkt wie nur möglich zu halten, fiel es auf, daß der Deutschland-Referent des Foreign Office, Sir Frank Roberts, wenn er auch in abschbarer Zeit für einen anderen Posten vorgesehen ist, zunächst nicht zur Delegation gehörte. Daß er doch noch einbezogen wurde, läßt darauf schließen, daß er zur Beantwortung der Sowjet-Note unentbehrlich ist, gibt aber keinesfalls zur Vermutung Anlaß, daß die deutsche Frage eine aus dem Gesamtrahmen fallende Rolle spielen wird. Sie ist in den Komplex Europa eingereicht und wird nur im Zusammenhang mit ihm behandelt.

Der Vorschlag der Sowjets hat sehr dazu beigetragen, die Politik Churchills zu stärken. London vertritt weder den Pessimismus Washingtons, noch den Optimismus des französischen Ministerpräsidenten Deniel, der in der Kammer von dem "Beginn eines Wechsels im internationalen Klima" sprach. Den englischen Politikern wird das Angebot

des Kreml vorläufig lediglich Veranlassung geben, einen neuen Punkt auf die Tagesordnung für Bermuda zu setzen. Im Gegensatz zu Frankreich und den USA, braucht Churchill keine innerpolitischen Schwierigkeiten für die Verhandlungen auf Bermuda zu berücksichtigen, wenn auch in London Meinungsverschiedenheiten über den Eintritt der Bundesrepublik in die EDC bestehen. Immerhin haben sich Regierung und Opposition darauf geeinigt, vor der Bermuda-Konferenz keine außenpolitische Debatte stattfinden zu lassen, was umso einfacher war, als beide politische Gruppen eine Vierer-Konferenz befürworteten und eine Fünfer-Konferenz nicht bedingungslos ablehnten.

Wenn am kommenden Freitag die erste Zusammenkunft in Bermuda stattfindet, wird es die Aufgabe Churchills und Edens sein, die beiden Westmächte zusammenzuhalten und darauf hinzuweisen, daß trotz Berücksichtigung aller innerpolitischen Schwierigkeiten schließlich die Erhaltung des Weltfriedens die wichtigste Rolle spielt. Die Haager Außenministerkonferenz der sechs Montanunion-Staaten, die politische Gemeinschaft Europas, hat keine nennenswerten Resultate gebracht. Die gleich nach der Bermuda-Konferenz stattfindende NATO-Tagung wird über die militärische Zusammenarbeit keine anderen Ergebnisse bringen. Es läge, wie einer der führenden Außenpolitiker Labours erklärte, im politischen Temperament Sir Winston Churchills, aus diesen Fehlleistungen eine dramatische Schlußfolgerung zu ziehen.

+ + +

Arnolds Gewissen und die vier Rechtsanwälte

gs - Düsseldorf

Karl Arnolds soziales Gewissen - das er als Chef der Landesregierung Nordrhein-Westfalens in der Bundespolitik sein will - wird von vier Rechtsanwälten überwacht, die er selbst sich nach und nach in sein Ministerium herbeingeht hat als die verantwortlichsten und respektmächtigsten Minister des Inneren, der Wirtschaft, der Finanzen und des Sozialen-Arbeit-Wiederaufbau. Über diesen vier mit allen rechtsanwältlichen Wassern gewaschenen Ministern thront angeblich Herr Arnold, väterlich-gutmütig mit dem unerschütterlichen Glauben an den guten Willen aller Menschen, mit denen er zu tun hat. Und so hat er ein Wolkenkuckuckshorn der versöhnlichen und gutklingenden Parolen errichtet, in dem ihm jene vier ministeriellen Rechtsanwälte eine Art politischen Schattendaseins belassen.

Ansonsten geht in Nordrhein-Westfalen alles nach dem Gutdünken und der Eigenmächtigkeit der sozusagen reichsunmittelbaren Duodezfürsten Bonner Observanz. Das gute soziale Gewissen ist eine Sorte für sich - die Kenntnis von dem, was praktisch in den einzelnen Ministerien vor sich geht, eine andere. Lebt man dann noch, nach großem Vorbild, in kühlem Abstand zum Parlament, dann bleibt, zum mindesten nach außen, der Friede im Hause freundlich gewahrt. Die vier Rechtsanwälte besorgen schon alles aufs Beste, jeder nach seiner Fassung. Da das soziale Vokabular so wunderbar geläufig geworden ist - gängige Münze selbst in den Reden aller Generaldirektoren und Finanzstrategen - beherrschen auch sie es einigermaßen. Und wenn die Begründung dieser oder jener Maßnahme einmal sonderbar klingen mag, dann kann Arnold immer noch sein besonderes väterliches Mitgefühl mit den Betroffenen irgendwo auf einer privaten Veranstaltung sozialer Vereinigungen zum Ausdruck bringen.

Das meiste aber, was geschieht, erfordert zum Glück des sozialen Gewissens Arnolds so mühevoll Worte nicht, weil es ja unbemerkt bleibt. Nicht umsonst hat die Mehrzahl der vier Rechtsanwälte einen dichten Vorhang vor alle Geschehnisse in den Ministerien gezogen, nicht umsonst ist in allen Ministerien den Beamten strengstens untersagt, irgend jemandem von der Presse Auskunft zu geben und nicht umsonst sind auch alle anderen Wege fein säuberlich mit dem Stacheldraht der bürokratischen Geheimnistuerei abgeschirmt worden. Man ist in Düsseldorf, sicherlich nicht zuletzt dank der rechtsanwältlichen Regierungspraktiken, zu einem direkten Master an Schweigsamkeit geworden. Manchmal wird von Bonn oder sonst irgendwoher aus dem weiten Gebiet der Bundesrepublik bekannt, daß dieser oder jener nordrhein-westfälische Minister im Kreis seiner Fachkollegen zu einem bestimmten Problem eine Meinung gehabt haben soll.

Das sind höchst unerfreuliche Gepflogenheiten. Sie werden sich letzten Endes vor allem gegen die Praktiker dieser Methode selbst wenden. Arnold selbst gehört gar nicht zu ihnen. Aber es ist nun einmal nicht seine Stärke, sich durchzusetzen, obwohl das gegenüber Männern nicht gar so schwer sein sollte, die durch ihn in ihre Ämter gekommen sind.